

Andere Behörden und Körperschaften

Amtliche Bekanntmachung der Ingenieurkammer Hessen Neufassung der Hauptsatzung der Ingenieurkammer Hessen

beschlossen von der Mitgliederversammlung vom 3. November 2023 gemäß § 30 Abs. 2 Nr. 1 in Verbindung mit § 33 des Hessischen Ingenieurgesetzes (HInG) vom 30. November 2015 (GVBl. S. 457)

Inhaltsübersicht

1. Mitgliedschaft
2. Pflichten der Mitglieder
3. Maßnahmen bei Verstößen
4. Mitgliederversammlung
5. Vorstand und Geschäftsführung
6. Ausschüsse, Fachgruppen und Arbeitskreise
7. Eintragungsausschuss
8. Hauptausschuss, Kuratorium und Beirat
9. Schlichtungsausschuss und Widerspruchsausschuss
10. Beiträge, Gebühren und Entschädigungen
11. Haushalts- und Finanzwesen
12. Einziehung von Urkunden
13. Satzungsänderungen und Bekanntmachungen
14. Inkrafttreten, Außerkrafttreten

1. Mitgliedschaft

- 1.1 Die Mitgliedschaft der Ingenieurkammer wird auf Antrag erworben. Der Antrag ist auf einem dafür vorgesehenen Formular bei der Geschäftsstelle der Ingenieurkammer einzureichen.

Derjenige, der die Mitgliedschaft als Pflichtmitglied oder als freiwilliges Mitglied beantragt, hat einen beglaubigten Nachweis der Berechtigung zum Führen der Berufsbezeichnung „Ingenieur“ vorzulegen und einen Personalbogen auszufüllen.

- 1.2 Bei Anträgen auf Aufnahme als Pflichtmitglied sind außerdem die in den Antragsunterlagen näher bezeichneten notwendigen Unterlagen für die Eintragung in das jeweilige Berufsverzeichnis vorzulegen und die Erklärung über die Einwilligung zur Verwendung und Speicherung personenbezogener Daten abzugeben.

Studierende einer ingenieurwissenschaftlichen Fachrichtung im Sinne des Hessischen Ingenieurgesetzes können als Juniormitglieder der Kammer beitreten. Der Nachweis des Studiums wird mit der Vorlage der Immatrikulationsbescheinigung geführt.

Personen, die ihre berufliche Qualifikation durch besondere Leistungen in der Ingenieurpraxis bei der Anwendung oder Entwicklung ingenieurwissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden in einer mindestens fünfjährigen hauptberuflichen Tätigkeit nachweisen, können von der Ingenieurkammer Hessen als Partner IngKH mit dem Status von fördernden Mitgliedern aufgenommen werden. Der Nachweis der besonderen Leistungen sowie der Berufspraxis ist durch geeignete Unterlagen zu führen.

- 1.3 Die Mitgliedschaft beginnt

- a) für die Pflichtmitglieder mit der Bekanntgabe der Entscheidung, dass dem Antrag auf Eintragung in das entsprechende Berufsverzeichnis stattgegeben wurde;
- b) für die freiwilligen Mitglieder mit der Bestätigung der Mitgliedschaft durch die Ingenieurkammer;
- c) für die Juniormitglieder sowie die fördernden Mitglieder mit der Bestätigung der Mitgliedschaft durch die Ingenieurkammer.

- 1.3.1 Die Antragsunterlagen der freiwilligen Mitglieder sind von der Geschäftsführerin bzw. dem Geschäftsführer der Ingenieurkammer zu prüfen. Kommt diese bzw. dieser zu der Auffassung, dass die Aufnahmevoraussetzungen gegeben sind, erhält die Antragstellerin bzw. der Antragsteller von der Geschäftsstelle eine entsprechende Aufnahmebestätigung. Kommt die Geschäftsführerin bzw. der Geschäftsführer zu der Auffassung, dass die Voraussetzungen nicht gegeben sind, oder widerspricht ein Kammermitglied der

Aufnahme der Antragstellerin bzw. des Antragstellers, ist der Antrag dem Vorstand zur Entscheidung vorzulegen. Bei Ablehnung der Aufnahme durch den Vorstand steht der Antragstellerin bzw. dem Antragsteller ein Widerspruchsrecht zu.

- 1.3.2 Die Antragsunterlagen der Pflichtmitglieder nach § 26 Abs. 2 Nr. 1 und 2 HInG werden durch den Eintragungsausschuss der Kammer geprüft und die Antragsunterlagen der Pflichtmitglieder nach § 26 Abs. 2 Nr. 3 HInG durch die jeweilige Fachkommission gemäß der Satzung über die Fachingenieurinnen und Fachingenieure der Ingenieurkammer Hessen. Die abschließende Entscheidung über die Anträge obliegt dem Vorstand.

- 1.4 Jedes Pflichtmitglied erhält über die Eintragung in das entsprechende Berufsverzeichnis eine Urkunde und einen Kammerstempel, die es unter Angabe seiner Mitgliedsnummer ausweisen. Freiwillige Mitglieder erhalten neben einer Mitgliedsurkunde ebenfalls einen Kammerstempel. Der Kammerstempel der Freiwilligen Mitglieder muss sich in seiner Gestaltung von den Stempeln der Pflichtmitglieder unterscheiden, um Verwechslungen zu vermeiden.

Der Vorstand trifft in einer Richtlinie nähere Regelungen, insbesondere über die Form und Gestaltung sowie über die zulässige Nutzung der Stempel. Der Vorstand kann in dieser Richtlinie auch Regelungen zu einem digitalen Mitgliedsnachweis treffen.

- 1.5 Die Mitgliedschaft der Pflichtmitglieder endet mit der Löschung der Eintragung in der betreffenden Liste auf Grund der im Hessischen Ingenieurgesetz aufgeführten Tatbestände.

Freiwillige und fördernde Mitglieder können die Mitgliedschaft durch Austrittserklärung beenden. Sie können von der Ingenieurkammer bei groben Verstößen gegen ihre Mitgliedspflichten ausgeschlossen werden.

Die Juniormitgliedschaft endet mit der Beendigung des Studiums.

- 1.6 Beginn und Ende der Beitragspflicht ist durch die jeweils gültige Beitragsordnung geregelt.

- 1.7 Der Hauptausschuss kann durch Beschluss Persönlichkeiten, die sich um die Ingenieurkammer Hessen besondere Verdienste erworben haben, die beitragsfreie Ehrenmitgliedschaft verleihen. Die Verleihung der Ehrenmitgliedschaft erfolgt im Rahmen einer Mitgliederversammlung.

- 1.8 Über die Aufnahme von Juniormitgliedern und fördernden Mitgliedern entscheidet der Vorstand im Einzelfall.

2. Pflichten der Mitglieder

- 2.1 Die Mitglieder sind zur Erfüllung der Kameraufgaben zu ehrenamtlicher Mitarbeit verpflichtet, soweit nicht wichtige Gründe entgegenstehen. Sie haben über Kammerangelegenheiten, die ihnen aufgrund ihrer Mitgliedschaft bekannt geworden sind, Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren, wenn die Art der Angelegenheit dies erfordert. Insbesondere sind sie zur Geheimhaltung der Kenntnisse über private und berufliche Verhältnisse von Kammermitgliedern und Dritten, die sie aufgrund ehrenamtlicher Tätigkeit für die Kammer erlangt haben – auch über die Amtszeit hinaus – verpflichtet.

Die Mitglieder der Ingenieurkammer sind verpflichtet, der Kammer auf Verlangen die Angaben zu machen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben benötigt. Dies betrifft insbesondere Angaben, die zur Feststellung der Beitragsverpflichtung und zur Zugehörigkeit zu einer Fachgruppe erforderlich sind.

- 2.2 Die Mitglieder sollen die von der Mitgliederversammlung beschlossenen Grundsätze zur Berufsordnung einhalten.

3. Maßnahmen bei Verstößen

- 3.1 Bei Verstößen gegen Obliegenheiten nach § 23 HInG kann der Kammervorstand ein Mitglied ermahnen. Der Vorstand kann auch ein Zwangsgeld gem. § 23 Abs. 3 HInG festsetzen.

- 3.2 Die schuldhaftige Verletzung der Berufspflichten nach § 24 HInG, von den in ein Berufsverzeichnis nach dem Hessischen Ingenieurgesetz oder einem anderen Gesetz bei der Ingenieurkammer Hessen eingetragenen Berufsange-

- hörigen, wird in einem Berufsordnungsverfahren nach § 25 HInG geahndet.
- 3.3 Verstößt ein freiwilliges Mitglied in grober Weise gegen seine Mitgliedspflichten, kann der Kammervorstand den Ausschluss des Mitgliedes beschließen. Als grober Verstoß gilt auch, wenn sich das Mitglied mit der Zahlung von zwei Jahresbeiträgen in Verzug befindet.
4. **Mitgliederversammlung**
Zur ordentlichen Mitgliederversammlung lädt der Vorstand schriftlich (per Brief, Fax, E-Mail o. Ä.) unter Mitteilung der Tagesordnung ein. Die Einladungen müssen den Mitgliedern mindestens 3 Wochen vor dem Termin der Mitgliederversammlung übersandt werden. Maßgebend ist der Poststempel oder ein entsprechender anderer auch elektronischer Einlieferungsnachweis. Eine Einladung per E-Mail erfolgt an die der IngKH zuletzt mitgeteilte E-Mail-Adresse. Näheres regelt die Geschäftsordnung der Mitgliederversammlung.
Bezüglich der Durchführung geheimer elektronischer Abstimmungen und Wahlen wird auf die von der Mitgliederversammlung am 5. November 2021 beschlossene Anlage verwiesen.
5. **Vorstand und Geschäftsführung**
- 5.1 Der Vorstand soll je zur Hälfte aus Pflichtmitgliedern und freiwilligen Mitgliedern bestehen. Wird ein Pflichtmitglied zur Präsidentin bzw. zum Präsidenten gewählt, soll eine Vizepräsidentin bzw. ein Vizepräsident aus der Gruppe der freiwilligen Mitglieder gewählt werden. Wird ein freiwilliges Mitglied zur Präsidentin bzw. zum Präsidenten gewählt, ist eine Vizepräsidentin bzw. ein Vizepräsident aus der Gruppe der Pflichtmitglieder zu wählen.
- 5.2 Die Amtszeit der Vorstandsmitglieder beginnt mit dem Abschluss der Mitgliederversammlung, in der die Wahl erfolgt ist.
Sie endet im Normalfall gleichzeitig mit dem Ende der Mitgliederversammlung, die die nächste Neuwahl vornimmt. Sollte kein neuer Vorstand gewählt werden, bleibt der bisherige Vorstand im Amt.
Scheidet ein Mitglied des Vorstandes vorzeitig aus, so wird in der nächsten anstehenden Mitgliederversammlung für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied gewählt.
- 5.3 Ein Mitglied des Vorstandes scheidet vorzeitig aus dem Vorstand – außer durch Tod – aus:
a) durch Beendigung der Kammermitgliedschaft;
b) durch freiwilligen Verzicht;
c) bei vorzeitiger Abberufung durch die Mitgliederversammlung, § 30 Abs. 2 Nr. 7 HInG.
Beschlüsse über die Abberufung eines Vorstandsmitgliedes sind nur wirksam, wenn der Antrag auf Abberufung, in der der Einladung zur Mitgliederversammlung beizufügenden Tagesordnung aufgeführt ist.
- 5.4 Der Vorstand führt die Geschäfte der Ingenieurkammer nach § 32 Abs. 4 HInG. Er richtet eine Geschäftsstelle ein und gibt sich eine Geschäftsordnung, in welcher die Geschäftsverteilung geregelt ist. Diese Geschäftsordnung ist – auch bei Änderungen – den Mitgliedern zur Kenntnis zu geben. Der Vorstand ist befugt, eine Geschäftsführerin oder einen Geschäftsführer zu bestellen.
Die Präsidentin bzw. der Präsident, bei seiner Verhinderung eine Vizepräsidentin bzw. ein Vizepräsident, soll den Vorstand mindestens einmal in einem Kalendervierteljahr einberufen. Der Vorstand ist einzuberufen, wenn mindestens drei Vorstandsmitglieder dies verlangen.
6. **Ausschüsse, Fachgruppen und Arbeitskreise**
- 6.1 Die Kammer bildet
a) Ausschüsse und Fachkommissionen zur Erledigung besonderer Einzelaufgaben;
b) Fachgruppen zur Wahrnehmung der Fachinteressen der Mitglieder;
c) Arbeitskreise für die Behandlung fachübergreifender Fragen.
- 6.2 Die Bildung und Auflösung von Ausschüssen und Fachgruppen erfolgt durch Beschlüsse der Mitgliederversammlung. Der Vorstand kann vorläufig Ausschüsse und Fachgruppen bilden und legt die getroffenen Maßnahmen der Mitgliederversammlung zur endgültigen Entscheidung vor.
- 6.3 Die Bildung und Auflösung von Arbeitskreisen und Fachkommissionen obliegt dem Vorstand.
- 6.4 Der Vorstand kann außerdem Sonderfachleute, die der Ingenieurkammer nicht angehören, hinzuziehen.
- 6.5 Ausschüsse, Fachgruppen, Fachkommissionen und Arbeitskreise berichten dem Vorstand und der Mitgliederversammlung.
- 6.6 Die Mitgliedschaft in den Fachgruppen bestimmt sich in der Regel nach den Hauptarbeitsgebieten des Kammermitgliedes. Die Zugehörigkeit zu mehreren Fachgruppen ist zulässig. Auf die Abstimmung über Beschlüsse der Fachgruppen finden § 30 Abs. 5 HInG und – soweit es sich um die Abberufung eines Vorsitzenden oder seines Vertreters handelt – § 30 Abs. 6 HInG Anwendung.
- 6.7 Die Arbeitskreise und Fachgruppen wählen für die Dauer von drei Jahren aus ihrer Mitte eine Vorsitzende bzw. einen Vorsitzenden und mindestens eine Stellvertreterin bzw. einen Stellvertreter. Ist die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende Pflichtmitglied, soll mindestens eine Vertreterin bzw. ein Vertreter freiwilliges Mitglied sein und umgekehrt. Ziffer 5.2 der Hauptsatzung findet entsprechende Anwendung. Die Wahl der Vorsitzenden und der Stellvertreter soll möglichst zeitnah nach der Wahl eines neuen Vorstandes erfolgen.
7. **Eintragungsausschuss**
- 7.1 Der Eintragungsausschuss besteht aus der bzw. dem Vorsitzenden, seiner Stellvertreterin bzw. seinem Stellvertreter und den Beisitzern.
- 7.2 Die Vorsitzende bzw. der Vorsitzende und seine Stellvertreterin bzw. sein Stellvertreter dürfen nicht Bedienstete der Ingenieurkammer oder der Aufsichtsbehörde sein.
- 7.3 Als Beisitzer werden jeweils sechs Beratende Ingenieurinnen bzw. Ingenieure, bauvorlageberechtigte Ingenieurinnen bzw. Ingenieure und Stadtplanerinnen bzw. Stadtplaner bestellt. Die Beisitzer dürfen nicht Bedienstete der Ingenieurkammer oder der Aufsichtsbehörde sein.
- 7.4 Die Präsidentin bzw. der Präsident oder seine Stellvertreterin bzw. sein Stellvertreter bestellt die Mitglieder des Eintragungsausschusses auf Vorschlag des Vorstandes der Ingenieurkammer für die Dauer von vier Jahren. Er kann die Bestellung aus wichtigem Grund widerrufen. Scheidet ein Mitglied des Eintragungsausschusses vorzeitig aus, so ist für den Rest der Amtszeit ein neues Mitglied nach der Maßgabe von Satz 1 zu bestellen.
- 7.5 Aufgabe des Eintragungsausschusses ist die Prüfung der Mitgliedsanträge der Pflichtmitglieder nach § 26 Abs. 2 Nr. 1 und 2 HInG und die Erstellung einer begründeten Empfehlung für den Vorstand. Der Eintragungsausschuss entscheidet über den Antrag in der Besetzung Vorsitzende bzw. Vorsitzender oder der Stellvertreterin oder des Stellvertreters und drei Beisitzern. Die Beisitzer sind aus der jeweiligen Mitgliedergruppe zusammenzustellen für den der Antrag gestellt wird.
8. **Hauptausschuss, Kuratorium und Beirat**
- 8.1 Die Vorsitzenden der Arbeitskreise und Fachgruppen bilden mit dem Vorstand der Kammer den Hauptausschuss. Die Präsidentin bzw. der Präsident der Kammer führt den Vorsitz des Hauptausschusses. Sie bzw. er kann den Vorsitz allgemein oder im Einzelfall an ein Mitglied des Kammervorstandes übertragen.
Aufgabe des Hauptausschusses ist es insbesondere, die Interessen der einzelnen Arbeitskreise und Fachgruppen zu koordinieren und den Vorstand zu beraten.
Bei Verhinderung einer bzw. eines Arbeitskreis- bzw. Fachgruppenvorsitzenden nimmt eine hierzu bestimmte Stellvertreterin bzw. ein hierzu bestimmter Stellvertreter an den Sitzungen des Hauptausschusses teil.
- 8.2 Der Kammervorstand soll in Fragen, die für die Ingenieurkammer und die Ingenieurverbände von gemeinsamem Interesse sind, das Kuratorium Hessischer Ingenieurvereinigungen als Beratungsgremium einschalten und zu treffende Entscheidungen mit diesem abstimmen.
- 8.3 Der Vorstand kann zur Unterstützung der Ingenieurkammer einen Beirat berufen.
9. **Schlichtungsausschuss und Widerspruchsausschuss**
- 9.1 Zur gütlichen Beilegung von Streitigkeiten, die sich aus der Berufsausübung zwischen Mitgliedern der Ingenieurkammer oder diesen und Dritten ergeben, ist bei der Ingenieurkammer ein Schlichtungsausschuss zu bilden. Hierzu

- beschließt die Mitgliederversammlung eine Schlichtungsordnung.
- 9.2 Der Widerspruchsausschuss, der über Widersprüche zu Kostenfestsetzungen und andere Widersprüche entscheidet, setzt sich aus zwei Vorstandsmitgliedern der Ingenieurkammer und einer Person mit mindestens einem ersten juristischen Hochschulabschluss oder einem ersten juristischen Staatsexamen zusammen.
- 10. Beiträge, Gebühren, Entschädigungen**
- 10.1 Die Kammer erhebt zur Erfüllung ihrer Aufgaben von den Pflichtmitgliedern und freiwilligen Mitgliedern Beiträge. Ihre Höhe wird jährlich von der Mitgliederversammlung für das folgende Geschäftsjahr festgesetzt. Näheres regelt die Beitragsordnung.
- 10.2 Die Kammer erhebt für die Kosten der Eintragungsverfahren und für andere in der Kostenordnung aufgeführte Leistungen Gebühren und setzt den Ersatz der baren Auslagen fest. Näheres regelt die Kostenordnung.
- 10.3 Alle Mitglieder der Organe der Ingenieurkammer, wie auch der Ausschüsse, Fachgruppen, Fachkommissionen und Arbeitskreise sind ehrenamtlich tätig. Die Mitglieder des Vorstandes haben einen Anspruch auf eine Aufwandsentschädigung und auf Erstattung ihrer Barauslagen. Weitere ehrenamtlich tätige Personen erhalten eine Entschädigung für die Teilnahme an Sitzungen und Barauslagen. Näheres regelt die Aufwandsentschädigungsordnung.
- 11. Haushalts- und Finanzwesen**
- 11.1 Das Geschäfts- und Wirtschaftsjahr ist das Kalenderjahr.
- 11.2 Der Vorstand hat alljährlich einen Wirtschaftsplan aufzustellen. Er soll nach vorheriger Beratung und Verabschiedung im Vorstand bis zum 15. November des Vorjahres der Mitgliederversammlung zur Beschlussfassung vorgelegt werden.
- 11.3 Zu anderen Zwecken als zur Erfüllung der Aufgaben der Ingenieurkammer und zur Deckung der Verwaltungskosten dürfen weder Beiträge erhoben noch das Vermögen der Ingenieurkammer verwendet werden.
- 11.4 Der Vorstand hat für jedes Wirtschaftsjahr der Mitgliederversammlung Rechnung zu legen und um Entlastung nachzusuchen.
Die Rechnungslegung hat sich auf die Erträge und Aufwendungen sowie auf das Vermögen zu erstrecken. Dabei sind die Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung zu beachten.
- 11.5 Die Kassen- und Buchführung ist jedes Wirtschaftsjahr durch zwei Rechnungsprüfer zu prüfen.
Die Rechnungsprüfer werden von der Mitgliederversammlung für jeweils zwei Jahre gewählt.
Die Buchführung, der Jahresabschluss sowie der Lagebericht sind nach Ende des Wirtschaftsjahres durch eine Wirtschaftsprüferin bzw. einen Wirtschaftsprüfer oder eine vereidigte Buchprüferin bzw. einen vereidigten Buchprüfer zu prüfen. Die Wirtschaftsprüferin bzw. der Wirtschaftsprüfer oder die vereidigte Buchprüferin bzw. der vereidigte Buchprüfer wird durch die Mitgliederversammlung bestimmt. Der Vorstand unterbreitet der Mitgliederversammlung Vorschläge für die Auswahl der Prüferin bzw. des Prüfers. Die Mitgliederversammlung hat ein eigenes Vorschlagsrecht.
- 12. Einziehung von Urkunden**
Bei Ausscheiden eines Pflichtmitgliedes oder Freiwilligen Mitgliedes zieht der Vorstand die über die Mitgliedschaft ausgestellte Urkunde und den Kammerstempel ein. Die Mitglieder sind zur Rückgabe verpflichtet.
- 13. Satzungsänderungen und Bekanntmachungen**
- 13.1 Satzungsänderungsanträge sind der Einladung zur Mitgliederversammlung beizufügen.
- 13.2 Bekanntmachungen nach § 36 Abs. 4 HInG sind im Staatsanzeiger für das Land Hessen bekannt zu machen. Sonstige Bekanntmachungen der Ingenieurkammer erfolgen in den Offiziellen Kammer-Nachrichten der Ingenieurkammer Hessen auf deren Internetseite.
- 14. Inkrafttreten, Außerkrafttreten**
Diese Satzung tritt nach Genehmigung durch die Aufsichtsbehörde am Tage nach der Bekanntmachung im Staatsanzeiger für das Land Hessen in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 11. November 2016 außer Kraft.

Ausfertigung

Die Übereinstimmung dieser Ausfertigung mit dem Beschluss der Mitgliederversammlung vom 3. November 2023 wird bestätigt.

Wiesbaden, den 8. November 2023

Dipl.-Ing. Ingolf Kluge
Präsident

Ass. jur. Claudia Krafft
Justiziarin

Genehmigungsvermerk

Die mit Beschluss der Mitgliederversammlung vom 3. November 2023 erfolgte Neufassung der Hauptsatzung wird nach § 36 Abs. 3 S. 2 HInG genehmigt.

Wiesbaden, den 23. November 2023

Hessisches Ministerium für Wirtschaft,
Energie, Verkehr und Wohnen

Bekanntmachung einer Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

vom 7. November 2023

Die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, gesetzlich vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer, gibt hiermit gemäß Artikel 8 Abs. 4 Satz 3, Artikel 9 Abs. 3 Satz 2, Abs. 4 Satz 2 des Staatsvertrags zwischen dem Land Nordrhein-Westfalen und dem Freistaat Bayern über die Zugehörigkeit der Mitglieder der Patentanwaltskammer, die ihren Kanzleisitz in Nordrhein-Westfalen eingerichtet haben, zur Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, dem das Land Hessen beigetreten ist (Landesgesetz vom 9. Dezember 2021, GVBl. Hessen 2021 Nr. 54, S. 895), die Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 6. Dezember 1996, zuletzt geändert durch Satzung vom 15. November 2022 (Staatsanzeiger für das Land Hessen 2022 Nr. 48, S. 1341), durch Satzung vom 2. November 2023 bekannt. Das Ministerium der Justiz Hessen hat mit Schreiben vom 19. Oktober 2023 sein Benehmen zur Genehmigung der Satzungsänderung erklärt.

München, den 7. November 2023

Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung, gesetzlich vertreten durch die Bayerische Versorgungskammer

Axel Uttenreuther
Vorsitzender des
Vorstands

Dr. Christian Ebersperger
Mitglied des Vorstands
Bereichsleiter

Einundzwanzigste Satzung zur Änderung der Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung

Vom 2. November 2023

Aufgrund des Art. 10 Abs. 1 des Gesetzes über das öffentliche Versorgungswesen in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. Juni 2008 (GVBl. S. 371, BayRS 763-1-I), zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 7. Juli 2023 (GVBl. S. 327), erlässt die Bayerische Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung folgende Satzung:

§ 1

Die Satzung der Bayerischen Rechtsanwalts- und Steuerberaterversorgung vom 6. Dezember 1996 (StAnz. Nr. 51/52), zuletzt geändert durch Satzung vom 15. November 2022 (StAnz. Nr. 47), wird wie folgt geändert:

1. § 1 Abs. 1 wird wie folgt geändert:

- Nach dem Satz 1 wird folgender neuer Satz 2 eingefügt:
„Ihr Tätigkeitsbereich kann durch Staatsverträge erweitert werden.“
- Der bisherige Satz 2 wird Satz 3.